



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Weniger Keynes, mehr Hayek: Warum Österreich eine neue wirtschaftspolitische Orientierung braucht

IAPÖ Skriptum:
Angewandte Volkswirtschaftslehre

MARTERBAUERS FALSCHER WEG
KEYNES SCHAFFT SCHEIN – SCHULDEN SCHAFFEN PROBLEME.

IAPÖ ERFOLGSSTRATEGIE ÖSTERREICH STÄRKEN!
HAYEK ZEIGT DEN WEG – REFORMEN SCHAFFEN ZUKUNFT.

3,7% INFLATION IM MAI 2026
ÖSTERREICH BLEIBT ÜBER EU-DURCHSCHNITT.

INFLATIONSTREIBER

- Dienstleistungen +4,4% STÄRKSTER TREIBER
- Nahrung, Tabak, Alkohol +2,4%
- Energie +9,8%
- Wohnen +5,2%

HOHE INFLATION. STEIGENDE STAATSSCHULDEN. SINKENDE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT. DIESER WEG FUNKTIONIERT NICHT!

VERANTWORTUNG VERMEIDEN. SCHULDEN ERHÖHEN. ZUKUNFT BELASTEN.

VERANTWORTUNG TRAGEN. REFORMEN UMSETZEN. ZUKUNFT SICHERN.

KEYNES-WEG: MEHR STAAT. MEHR AUSGABEN. MEHR PROBLEME. EIN TEURER WEG IN DIE SACKASSE!

HAYEK-WEG: MEHR EFFIZIENZ. MEHR WETTBEWERB. MEHR ZUKUNFT. EIN NACHHALTIGER WEG ZUM ERFOLG!

WISSENSCHAFT STATT IDEOLOGIE. REFORMEN STATT SYMPTOMBEKÄMPFUNG. AUTARKIE. RESILIENZ. VERANTWORTUNG.

IAPÖ ERFOLGSSTRATEGIE ÖSTERREICH STÄRKEN!

- AUTARKIE**
 - Energie- und Versorgungssicherheit
 - Strategische Industrien stärken
 - Kritische Abhängigkeiten reduzieren
- RESILIENZ**
 - Schlanker, effizienter Staat
 - Gesunde Finanzen & Schuldenabbau
 - Krisenfeste Systeme stärken
- VERANTWORTUNG**
 - Generationengerechte Politik
 - Nachhaltige Investitionen
 - Leistung fördern, nicht umverteilen

VERANTWORTUNG TRAGEN. REFORMEN UMSETZEN. ZUKUNFT SICHERN.

MEHR MINISTERIEN & KABINETTE | **MEHR BEAMTE & BÜROKRATIE** | **HÖHERE ABGABEN & STEUERN** | **MEHR SCHULDEN & ZINSEN** | **UMVERTEILUNG STATT LEISTUNG**

MINISTERIEN REFORMIEREN | **VERWALTUNG DIGITALISIEREN** | **GESUNDHEITS-REFORM** | **PENSIONS-REFORM** | **SCHULDEN ABBAUEN** | **WIRTSCHAFT & INNOVATION STÄRKEN**

gewidmet dem Finanz- und Wirtschaftsminister

Reinhard Fellner



Die österreichische Budgetkrise als Folge struktureller Fehlentwicklungen – und warum die Theorien von Hayek, Cantillon, Friedman und Alesina heute aktueller sind denn je

Mit Markus Marterbauer stellt die SPÖ erstmals seit einem Vierteljahrhundert wieder den österreichischen Finanzminister. Seine wissenschaftliche und berufliche Laufbahn zeigt eine klare wirtschaftspolitische Prägung: Universitätsassistent für Volkswirtschaftslehre, langjähriger WIFO-Konjunktur-experte, Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien sowie ausgewiesener Vertreter einer keynesianisch-sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.

Diese Prägung ist weder überraschend noch illegitim. Sie erklärt jedoch, warum die aktuelle Budget- und Wirtschaftspolitik vielfach auf Umverteilung, staatliche Investitionen, Nachfrageimpulse und staatliche Steuerungsmechanismen setzt, während tiefgreifende Strukturreformen bislang weitgehend ausbleiben.

Aus Sicht des IAPÖ liegt genau darin das zentrale Problem.

Die Krise Österreichs ist keine Nachfrageschwäche

Die wirtschaftliche Ausgangslage Österreichs im Jahr 2026 unterscheidet sich grundlegend von jener Situation, für die John Maynard Keynes seine Theorien entwickelte.

Keynes reagierte auf Massenarbeitslosigkeit, Nachfrageeinbruch, Deflationsrisiken und brachliegende Produktionskapazitäten. Seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen zielten darauf ab, durch staatliche Ausgabenprogramme die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren.

Die heutige Situation Österreichs ist jedoch von völlig anderen Herausforderungen geprägt:

- hoher Staatsverschuldung,
- anhaltend hoher Inflation,
- steigenden Staatsausgaben,
- überbordender Bürokratie,
- Fachkräftemangel,
- sinkender Wettbewerbsfähigkeit,
- schwachem Produktivitätswachstum,



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- strukturellen Ineffizienzen in Verwaltung und Sozialstaat.

Österreich leidet daher nicht primär an mangelnder Nachfrage, sondern an strukturellen Fehlentwicklungen.

Die Probleme des Jahres 2026 lassen sich nicht mit den Antworten der 1930er-Jahre lösen.

Cantillon erklärt die versteckte Umverteilung durch Inflation

Ein erster wichtiger Erklärungsansatz stammt von Richard Cantillon.

Der sogenannte *Cantillon-Effekt* beschreibt, dass neu geschaffenes Geld niemals gleichzeitig bei allen Menschen ankommt. Die ersten Empfänger profitieren von zusätzlicher Kaufkraft, während spätere Empfänger bereits mit höheren Preisen konfrontiert werden.

Von expansiver Geld- und Fiskalpolitik profitieren zunächst:

- öffentliche Institutionen,
- Banken,
- Finanzmärkte,
- staatliche Auftragnehmer,
- große Unternehmen.

Erst später steigen:

- Konsumentenpreise,
- Mieten,
- Dienstleistungspreise,
- Lebenshaltungskosten.

Die gegenwärtige österreichische Inflation zeigt genau dieses Muster.

Besonders auffällig ist die hohe Dienstleistungsinflation. Sie ist nicht ausschließlich Folge internationaler Krisen oder Energiepreise, sondern auch Ausdruck steigender staatlicher Kostenstrukturen und einer über Jahre aufgebauten Ausgabenpolitik.

Inflation ist daher nicht nur ein Preisproblem, sondern auch ein Verteilungsproblem.



Hayeks Diagnose passt besser zur Gegenwart

Noch deutlicher wird die Situation durch die Arbeiten Friedrich August von Hayeks.

Hayek warnte vor den Folgen:

- künstlich ausgeweiteter Geldmengen,
- dauerhaft hoher Staatsausgaben,
- politischer Fehlsteuerung von Investitionen,
- verzerrter Kapitalstrukturen.

Seine zentrale Erkenntnis lautete:

Nicht mangelnde Nachfrage verursacht langfristige Krisen, sondern Fehlallokationen von Kapital und Ressourcen.

Genau diese Symptome sind heute in Österreich sichtbar.

Zu viele Mittel fließen in Verwaltung, Förderlandschaften und politische Parallelstrukturen, während Investitionen in Produktivität, Innovation, Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit zurückbleiben.

Hayek hätte die heutige Situation vermutlich als Strukturkrise des Staates beschrieben.

Friedman und die monetären Ursachen der Inflation

Milton Friedman ergänzte Hayeks Überlegungen durch seine monetäre Analyse.

Sein bekanntester Satz lautet:

„Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen.“

Friedman zeigte, dass dauerhafte Inflation letztlich nur entstehen kann, wenn Geldmenge und staatliche Ausgaben stärker wachsen als die reale Wirtschaftsleistung.

Für Österreich bedeutet dies:

- hohe Defizite,
- steigende Staatsausgaben,
- expansive Transferpolitik,



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

- schwaches Produktivitätswachstum

erzeugen dauerhaft Inflationsdruck.

Friedman hätte daher nicht auf immer neue staatliche Programme gesetzt, sondern auf:

- Ausgabendisziplin,
- stabile öffentliche Finanzen,
- Schuldenabbau,
- Leistungsanreize,
- marktwirtschaftliche Reformen.

Die Grenzen der Umverteilungspolitik

Die politische *Sozialisation Marterbauers* erfolgte über Jahrzehnte in Institutionen, die traditionell auf Verteilungspolitik fokussieren:

- Arbeiterkammer,
- Sozialpartnerschaft,
- Fiskalpolitik,
- staatliche Steuerung.

Daraus folgt ein Politikverständnis, das gesellschaftliche Probleme primär über:

- Transfers,
- Förderungen,
- öffentliche Ausgaben,
- steuerliche Umverteilung

lösen möchte.

Das IAPÖ sieht hierin jedoch eine zentrale Ursache für die gegenwärtige Reformblockade.

Denn Verteilungspolitik ersetzt keine Strukturreformen.



Alesina: Erfolgreiche Sanierung erfolgt durch Reformen, nicht durch höhere Belastungen

Besonders relevant für die aktuelle Budgetdebatte sind die Forschungen des *Harvard-Ökonomen Alberto Alesina*.

Alesina untersuchte zahlreiche internationale Budgetkonsolidierungen und kam zu einem bemerkenswerten Ergebnis:

Erfolgreiche Haushaltskonsolidierungen beruhen überwiegend auf Ausgabenreformen und strukturellen Anpassungen – nicht auf Steuererhöhungen.

Seine Forschung zeigt:

Ausgabenseitige Reformen führen häufig zu:

- höherem Wachstum,
- mehr Investitionen,
- steigender Beschäftigung,
- sinkenden Schuldenquoten.

Steuerbasierte Sanierungen führen hingegen oftmals zu:

- schwächerem Wachstum,
- geringerer Investitionsbereitschaft,
- sinkender Wettbewerbsfähigkeit.

Genau deshalb warnt das IAPÖ vor einer Konsolidierungsstrategie, die primär auf Belastungen und Kürzungen setzt, anstatt die Ursachen der Staatsausgabenentwicklung zu beseitigen.

Österreich braucht keine Ausweitung des Staates, sondern dessen Modernisierung

Die eigentliche Herausforderung besteht darin, die Leistungsfähigkeit des Staates zu erhöhen und gleichzeitig seine Kosten zu senken.

Notwendig wären insbesondere:



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Verwaltungsreform

- Zusammenlegung von Ministerien,
- Reduktion von Doppelgleisigkeiten,
- Digitalisierung staatlicher Prozesse,
- Verschlinkung von Kabinetten.

Gesundheitsreform

- Finanzierung aus einer Hand,
- einheitliche Steuerung,
- Reduktion von Parallelstrukturen,
- konsequente Digitalisierung.

Pensionsreform

- Harmonisierung von Sonderrechten,
- Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters,
- stärkere Erwerbsintegration älterer Arbeitnehmer.

Kammerreform

- Zusammenlegung von Strukturen,
- Senkung von Umlagen,
- Konzentration auf Service statt Funktionärsapparat.

Reduktion externer Berater

- Nutzung vorhandener Beamtenexpertise,
- Transparenz über Beratungsaufträge,
- Stärkung interner Fachkompetenz.

Der Unterschied zwischen Keynes und Hayek

Vereinfacht formuliert lautet der Unterschied:



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Keynes fragte:

Wie kann der Staat die Nachfrage erhöhen?

Hayek fragte:

Warum funktionieren die wirtschaftlichen Strukturen nicht mehr effizient?

Die gegenwärtige österreichische Situation verlangt eindeutig nach der zweiten Fragestellung.

Denn Österreich leidet nicht an zu wenig Staat.

Österreich leidet an zu vielen ineffizienten staatlichen Strukturen.

Die IAPÖ-Schlussfolgerung

Die wirtschaftspolitische Prägung des Finanzministers erklärt viele der aktuellen budgetpolitischen Entscheidungen. Sie erklärt jedoch auch, warum notwendige Strukturreformen bisher nur zögerlich verfolgt werden.

Aus Sicht des IAPÖ braucht Österreich heute nicht mehr Keynes, sondern mehr Cantillon, Hayek, Friedman und Alesina.

Cantillon erklärt die versteckte Umverteilung durch Inflation.

Hayek erklärt die strukturellen Fehlentwicklungen des Staates.

Friedman erklärt die monetären Ursachen anhaltender Preissteigerungen.

Alesina zeigt den Weg zu erfolgreichen Budgetsanierungen durch Reformen statt Belastungen.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich nicht mit den Antworten des 20. Jahrhunderts lösen.

Österreich benötigt eine Reformstrategie auf Grundlage von:

Autarkie. Resilienz. Verantwortung.

- Nicht zusätzliche Umverteilung, *sondern institutionelle Modernisierung.*
- Nicht höhere Belastungen, *sondern höhere Effizienz.*
- Nicht kurzfristige Nachfrageimpulse, *sondern langfristige Wettbewerbsfähigkeit.*

Die ökonomischen Probleme von heute verlangen wissenschaftlich fundierte Strukturreformen – nicht ein politisches Klein-Klein der Symptombekämpfung.



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Die wissenschaftliche Klammer der IAPÖ-Strategie

Die IAPÖ-Strategie lässt sich daher als eine Synthese aus vier großen ökonomischen Denkern verstehen:

Ökonom	Kernaussage	Bedeutung für Österreich
Cantillon	Geld wirkt nicht neutral	Inflation belastet Mittelschicht und Sparer
Hayek	Fehlallokationen erzeugen Krisen	Strukturreformen statt Staatsausweitung
Friedman	Inflation entsteht durch monetäre Fehlsteuerung	Ausgaben- und Schuldenkontrolle
Alesina	Erfolgreiche Sanierung erfolgt über Reformen	Ministerien-, Gesundheits-, Pensions- und Kammerreform